

An anderen Methoden verzeichnen wir die Verteilung von Friedensbriefen sowie den Brief von Abbé Boulier, den er in einer Auflage von weit über 20 000 Exemplaren an die saarländischen Katholiken gerichtet hat. Sein letzter Artikel „Warum habe ich den Appell von Stockholm unterschrieben?“ wurde in gleicher Auflage vertrieben. Durch das Aushängen, Anschreiben und Ankleben von Losungen für den Frieden, die Veröffentlichung des Appells von Stockholm und das Ankleben desselben trotz des Verbots, die bildliche Darstellung der Auswirkungen einer im Kriegsfall abgeworfenen Atombombe auf die Stadt Saarbrücken sowie die bildliche Aufzeichnung der Atomwaffenfamilie, wobei die Einheitlichkeit der Adenauerregierung und der Regierung Hoffmann in ihrer antidemokratischen und zum Krieg führenden Politik gleichzeitig in Erscheinung treten — nach Anweisung fordert die Kriminalpolizei die Entfernung des Bildes Adenauers als Mitglied dieser Atomwaffenfamilie —, und durch Schaufensterdekorationen, die häufig erneuert werden, machen wir die Bevölkerung auf die Notwendigkeit des Kampfes für den Frieden aufmerksam. Das Komitee junger Friedenskämpfer hat trotz des bestehenden Verbots mit einer neuen Unterschriftensammlung begonnen und einige Erfolge erzielt.

Zur Verstärkung des Kampfes für den Frieden orientieren wir uns noch mehr als bisher auf die Betriebe, Gewerkschaften, sportlichen Organisationen, Gemeinde- und Stadträte. Der wirtschaftliche Anschluß der Saar an Frankreich blieb nicht ohne politische Folgen für die Saarbevölkerung, die besonders in dem Abschluß der verschiedenen Abkommen zwischen der französischen Regierung und der Regierung des Saargebietes in Erscheinung treten. Die Unterzeichnung der politischen Konvention und der Konvention über die Saargruben verleihen dem Kampf um die Einheit eines demokratischen Deutschlands erhöhte Bedeutung, weil durch sie der jetzige Zustand aufrechterhalten bleibt und die Verschacherung deutscher Volksgüter durch saarländische Politiker an die französischen Imperialisten gesetzlich verankert werden soll.

Die Partei hat im Kampf gegen den wirtschaftlichen Anschluß der Saar an Frankreich im allgemeinen eine richtige politische Linie. In der Praxis kam sie aber nicht zur richtigen Entfaltung. Die Politik der Partei begrenzte sich auf eine formale Opposition gegen die Koalition in der Regierung, ohne wegweisend und richtunggebend in der nationalen Politik für die Bevölkerung des Saargebietes zu sein. So erhielt die innerparteiliche Diskussion in der Auseinandersetzung mit dem Genossen Baese eine große politische Bedeutung in der Orientierung